Lerneinheit 2

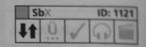
Der Einfluss des Staates auf die Wirtschaft

In der Wirtschaft müssen laufend folgende Entscheidungen getroffen werden. Was soll produziert werden? Wem gehören die Produktionsmittel (Maschinen, Gebäude etc.)? Wie werden die produzierten Güter verteilt? Wer muss, kann, darf in welchem Betrieb arbeiten?

In der Politik und in den Medien wird immer wieder die Frage diskutiert, ob und wie weit der Staat die Wirtschaft beeinflussen soll. Dabei werden oft die unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen angesprochen.

Die verschiedenen Wirtschaftsordnungen unterscheiden sich vor allem dadurch, wie viel vom Staat und wie viel von den einzelnen Wirtschaftsteilnehmern entschieden wird.

Lernen



1 Planwirtschaft oder Turbokapitalismus Der Staat macht alles oder nichts.

1.1 Die Zentralverwaltungswirtschaft als Modellvorstellung

Die grundsätzliche Überlegung lautet: "Verfolgt jeder nur seine eigenen Interessen, so haben nur wenige Starke alle Vorteile und beuten die Schwachen aus. Der Staat muss daher für eine sinnvolle Produktion und für eine gerechte Verteilung der Güter und Einkommen sorgen. Jeder Einzelne hat seine freie Entscheidung dem Gemeinwohl unterzuordnen."

Diese Wirtschaftsordnung wird daher von folgenden Merkmalen geprägt:

- Der Wirtschaftsprozess wird von einer staatlichen Zentralstelle geplant und gelenkt. Diese entscheidet über Produktionsziele und Verteilung des Produktionsergebnisses.
- Aufgabe der Betriebe ist es, die staatlichen Pläne durchzuführen. Sie selbst treffen keine unternehmerischen Entscheidungen.
- Privateigentum an Produktionsmitteln ist nicht zugelassen. Die Einhaltung der Produktionspläne soll durch strenge Kontrolle und Strafen erreicht werden.
- Die Erreichung der Produktionsziele erfordert eine starke Beschränkung der individuellen Entscheidungsfreiheiten der Menschen hinsichtlich Ausbildung, Beruf, Arbeitsplatz.
- Die Güter werden den Verbrauchern zugeteilt. Es gibt keinen Markt. Die Konsumwahl wird durch zentrale Preisfestsetzung gelenkt.

Wortelle des Systems:

- Froduktionsmittel können nach der Wichtigkeit der Bedürfnisse eingesetzt werden und sind micht nur auf die Gewinnmöglichkeiten ausgerichtet.
- Arbeit wird für jeden garantiert.

Nachtelle des Systems:

- Alles muss zentral geplant werden. Dies ist aufwendig und langsam.
- is wird zonnal ontschieden, was wichtig ist. Die Märkte sind daher häufig nur mit wenigen wenigen wenig Auswahl.

Bedürfnisse wurden in der 1. Lerneinheit besprochen. Unter Bedarf versteht man jene Bedürfnisse, die mit den vorhandenen Geldmitteln befriedigt werden können.



Chinas Wirtschaft entwickelte sich in den letzten Jahren von einer reinen Planwirtschaft zu einer Wirtschaft mit starken marktwirtschaftlichen Tendenzen. Da ein freier Markt und eine freie Preisbildung fehlen, werden Arbeitskrafte und Freisbildung fehlen un

Wird privates Eigeninteresse nicht gewünscht, fehlt auch häufig die Produktion und bei Dienstessungen ist.
 Reparaturen) bemerkbar.

Durch die Einschränkung der Konsumwahl ist der Leistungsanreiz gering

1.2 Die Planwirtschaft

Die Planwirtschaft orientiert sich an der Zentralverwaltungswirtschaft. Sie tritt in verschieder Formen auf: in China, in Kuba, in Nordkorea noch mit vielen Elementen der Zentralverwaltungswirtschaft, jedoch können auch in diesen Ländern die Betriebe in einem bestimmten Rahmen über die Produktion entscheiden und Konsumentenwünsche berücksichtigen.

In China wird z.B. in sogenannten "Sonderwirtschaftszonen" die "freie Marktwirtschaft" esprobt.

In den letzten Jahren haben viele Länder Osteuropas auf die Marktwirtschaft umgestellt und haben dabei erhebliche Schwierigkeiten (z.B. Albanien, die Ukraine).

In allen Ländern, die Planwirtschaft betrieben, wird deutlich, dass der Umweltschutz stark vernachlässigt wurde.

1.3 Die freie Marktwirtschaft als Modellvorstellung

Die grundsätzliche Überlegung lautet: "Der größte Wohlstand wird dann erreicht, wenn jeder seine eigenen Interessen möglichst frei verfolgen kann." Das heißt, jeder Unternehmer kann frei entscheiden, was er wo und wie produziert, und jeder Arbeitnehmer kann seinen Arbeitsplatz frei wählen. Unternehmer und Arbeitnehmer sollten nach dem höchsten Gewinn bzw. dem höchsten Arbeitslohn streben.

Die Aufgabe des Staates wäre es nur, durch Gesetze einen Rahmen zu schaffen.

- Entscheidungen über die Produktion und über den Arbeitsplatz sind grundsätzlich frei.
- Die Produktionsmittel befinden sich alle im Privateigentum.
- Der Konsument kann sein Einkommen ausgeben oder sparen. Er entscheidet, was er kauft oder nicht kauft, und sorgt damit dafür, dass die richtigen Güter produziert werden.
- Jeder Einzelne entscheidet frei über seinen Beruf, seine Ausbildung und über seinen Arbeitsplatz.
- Der Markt ist die Drehscheibe aller wirtschaftlichen T\u00e4tigkeiten. Durch Angebot und Nachfrage bildet sich automatisch der richtige Preis.

Vorteile des Systems:

- Der wirtschaftlich Leistungsfähige kann sich frei entfalten.
- Großer Leistungsanreiz und damit wirtschaftlicher Fortschritt und Hebung des Lebensstandards.

Nachteile des Systems:

- Benachteiligung der wirtschaftlich und sozial Schwächeren, der Alten, Kranken, Arbeitslosen
- Notwendige, aber nicht gewinnbringende Produktionen unterbleiben oder sind sehr teuer (Schulen, öffentlicher Verkehr, Krankenhäuser).

2 Die soziale und die ökosoziale Marktwirtschaft Etwas Staat ist notwendig.

2.1 Die soziale Marktwirtschaft

Die Nachhelle der völlig freien Marktwirtschaft haben in vielen westlichen Industrieländern (Mintel- und Westeuropa, USA, Kanada), aber auch im Fernen Osten (Japan) zur Entwicklung der sognammen sognalen Marktwirtschaft geführt.

Besonders im 19. Jahrhundert versuchte man, die Wirtschaft nach den ideen der Treien Marktwirtschaft zu gestalten. Grundsätzlich sind hier zwar "freie unternehmerische Entscheidungen" der die Freistliche sind nöglich. Produktionsmittel können sich im Privateigentum befinden, die Freistliche grundsätzlich frei und die Arbeitnehmer können ihre Ausbildung und ihren Beruf frei verwenden.

Jedoch greift der Staat durch viele Maßnahmen lenkend in den Wirtschaftsablauf ein

Beispiele:

- Er f\u00f6rdert die Ansiedlung neuer Betriebe durch die F\u00f6rderung von Bahn, Stra\u00e4enbau oder Ausbildung.
- Er f\u00f6rdert den Export durch die \u00fcbernahme verschiedener Gefahren (z. B. Kriegsgefahr, Geldentwertung).
- Er fördert das Sparen, damit der Wirtschaft ausreichend Geld zur Verfügung steht.

Der Staat sorgt für den Schutz wirtschaftlich Schwacher.

Beispiele:

- Arbeitslosenversicherung
- Pensionsvorsorge (auch wenn die Beiträge nicht ausreichen)
- Krankenversorgung
- Arbeitsrechtliche Regelungen
- Konsumentenschutz

Der Staat sorgt für Grund- und Kulturbedürfnisse.

Beispiele:

- Schulen, Theater, Förderung von Künstlern
- Zuschüsse zum Wohnungsbau
- Eisenbahn- und Autobuslinien auch in dünn besiedelten Gebieten

Es wird also versucht, die Vorteile einer freien Marktwirtschaft zu nützen und die Nachteile zu vermeiden.

2.2 Die ökosoziale Marktwirtschaft

Die soziale Marktwirtschaft war viele Jahre sehr erfolgreich. Es gelang ihr, das Wirtschaftswachstum zu steigern und das Ergebnis einigermaßen gerecht auf die Wirtschaftsteilnehmer zu verteilen. Allerdings hatte man dabei auf die Umwelt vergessen.

- Die Abgasbelastung durch Fabriken, chemische Abfälle und durch den Verkehr stieg an,
- die Rohstoffe wurden in einem Ausmaß ausgebeutet, dass die Erschöpfung mancher Rohstoffvorkommen (z.B. Erdöl) für das Ende des 21. Jahrhunderts vorausgesagt wird,
- Boden und Wasser wurden nicht nur durch Industrieabfälle, sondern auch durch Überdüngung in der Landwirtschaft schwer geschädigt.
- Die Regenwälder in Südamerika wurden und werden so stark abgeholzt, dass erhebliche Klimaveränderungen eintreten können.

Die aktuelle wirtschaftspolitische Leitvorstellung heißt daher "ökosoziale Marktwirtschaft".

Zu den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die der Staat bereits in der sozialen Marktwirtschaft regelt, kommen noch die Gesetze für den Umweltschutz hinzu.

Probleme entstehen jedoch durch den immer engeren Zusammenschluss der Industrienationen.

Beispiele:

- In der Landwirtschaft ist die Frage, wie viel Kunstdünger pro Hektar verwendet werden darf, siehr umstritten, da alle Staaten versuchen, ihre Landwirtschaft zu schützen, und daher zusätzliche Belastungen der Bauern durch geringere Ernten vermeiden wollen.
- Onterreich versuchte den Transitverkehr für Schwer-Lkw durch Kontingentierungen, Nachtfahrverhote, Mauteinhebung und Gewichtslimits zu beschränken. Schwerwiegende Auseinandersetzungen mit allen anderen EU-Mitgliedern waren die Folge.
- Osterreich hat als erster Staat den Bau von Atomkraftwerken gesetzlich verboten. Rund um Osterreich sind jedoch zahlreiche Atomkraftwerke weiterhin in Betrieb. In Deutschland und Schweden wird der Ausstieg aus der Atomenergie immer wieder hinausgeschoben.



In der sozialen Marktwirtschaft sorgt der Staat durch verschiedene Einrichtungen, z.B. zur Unterstützung der Altenpflege, für den Schutz wirtschaftlich Schwacher.

Beachten Sie:
Der Trend zur Privatisierung nimmt auch in der
Okosozialen Marktwirtschaft stark zu (Bahn,
Tedefon, Post) Dadurch
wird der Konkurrenzdruck größer und Arbeltsplätze gehen auch
in bielser geschrützten
Bereichen vertoren.
Die "globale" Kon-

Aurrent wird stalker
("Glabalisterung")
und führt zum
Zusalenmenschluss
viele Größbatrische
G & bei Benken, in der
Autemobilindustrie,
im Fharmabiereich, im
Lebenemittelbange)

Wirtschaftsordnungen

Zentralverwaltungs-(Modellvorstellung) wirtschaft

Planwirtschaft

freie Marktwirtschaft

(reale Mischform) Marktwirtschaft ökosoziale

- (reale Mischform)
- kein Privateigentum an Produktionsmitteln

großteils zentrale Planung von Produk-

tionsprogramm und Preisen

- eingeschränkte Wahl des Arbeitsplatzes (meist keine Arbeitslosigkeit)
- Bereichen zu. Produktionsmitteln Privateigentum an nimmt in vielen

ebenfalls zu. Produkte und Dienstlandwirtschaftliche Freie Preisbildung für eistungen nimmt

- (Modellvorstellung)
- Privateigentum an Produktionsmitteln
- Preisbildung erfolgt am Markt

Unternehmen entscheiden über Erzeugung

freie Wahl des Arbeitsplatzes (mit Risiko der Arbeitslosigkeit)

Schutz der sozial Grund- und Schwacher chutz der Umwelt verden unt